

„Nullbock, egal, vielleicht“. Jugendarbeit und Zivilgesellschaft im Spannungsfeld von Austerität und erstarkender Rechter in peripherisierten ländlichen Räumen

Tilman Kallenbach (Universität Bamberg), Franziska Imhoff & Andreas Kallert (beide Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Zivilgesellschaft und Ehrenamt tragen in vielen ländlichen Räumen die Jugendarbeit. Das Sozialgesetzbuch VIII garantiert jungen Menschen dabei ein bedarfsgerechtes Angebot, das sie selbst mitbestimmen und mitgestalten sollen. Insbesondere in kleinen, finanzienschwachen Kommunen in ländlichen Räumen wird diese Aufgabe jedoch häufig ausschließlich von Vereinen und Initiativen wahrgenommen. Vor dem Hintergrund empirischer Befunde aus dem vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geförderten Forschungsprojekt „DIYhoch3“ beleuchtet der Beitrag die damit verbundenen Herausforderungen aus einer staats- und hegemoniekritischen Perspektive. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Auswirkungen der Austeritätspolitik und dem Erstarken der politischen Rechten.

Empfohlene Zitierung:

Kallenbach, Tilman/Imhoff, Franziska/Kallert, Andreas (2025). „Nullbock, egal, vielleicht“. Jugendarbeit und Zivilgesellschaft im Spannungsfeld von Austerität und erstarkender Rechter in peripherisierten ländlichen Räumen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Uncivil Society – „Schattenseiten“ der Zivilgesellschaft, Band 17. Jena, 168–179.

Schlagwörter:

Jugendarbeit, ländliche Räume, Austerität, Kommunalfinanzen, Zivilgesellschaft



„DIE ZIVILGESELLSCHAFT STÜTZT DIE BESTEHENDEN, (NOCH) DEMOKRATISCHEN VERHÄLTNISSE MIT IHREM BEHARRUNGSVERMÖGEN, IST JEDOCH ALS TEIL DES STAATES AUCH MIT DEN SICH (MOMENTAN DEUTLICH NACH RECHTS) WANDELNDEN KRÄFTEVERHÄLTNISSEN VERKNÜPFT. ENTSPRECHEND BEDARF ES EINER KRITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG IN WISSENSCHAFT UND PRAXIS, DIE DIE ‚DUNKLE SEITE DER ZIVILGESELLSCHAFT‘ IN DEN BLICK NIMMT.“

Einleitung

Mit „Nullbock, egal, vielleicht“ beschrieb ein erwachsener Akteur in einer von uns durchgeführten Umfrage die Herausforderungen für Jugendarbeit in ländlichen Räumen pointiert. Jugend in ländlichen Räumen ist wieder zu einem Thema der öffentlichen Debatte geworden: Wie erreicht man sie überhaupt noch? Oft gerät jedoch aus dem Blick, wie jugendgerechte Lebensverhältnisse vor Ort gestaltet werden können. Wir untersuchen das Verhältnis von Jugendarbeit und Zivilgesellschaft unter den Bedingungen von einerseits öffentlicher Sparpolitik und andererseits wachsender antidemokratischer Gefahr von rechts.

Jugend in ländlichen Räumen ist wieder zu einem Thema der öffentlichen Debatte geworden: Wie erreicht man sie überhaupt noch?

Im Rahmen des Forschungsprojekts *DIYhoch3 – jugendliche kulturelle Selbstorganisation im Dreiländereck Bayern-Sachsen-Thüringen* beschäftigen wir uns mit der kulturellen Selbstorganisation junger Menschen in peripherisierten ländlichen Räumen.¹ Wir untersuchen damit Aktivitäten Jugendlicher, die mit konkreten Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und demokratischer Teilhabe verbunden sind. Es ist Aufgabe der Jugendarbeit (Sozialgesetzbuch VIII §11), junge Menschen in ihrer Entwicklung zu unterstützen und sie dabei selbst mitgestalten zu lassen. Jugendarbeit ist dem Gesetz nach keine freiwillige Aufgabe. Die Kommunen sind vielmehr verpflichtet, (Selbst-)Sozialisationsräume bereitzustellen. Dennoch liegen die Aufgaben der Jugendarbeit oftmals in den Händen zivilgesellschaftlicher Verbände, Vereine und Initiativen (Faulde 2022, 59). Besonders in peripherisierten ländlichen Räumen werden die Angebote der Aktiven aus Sportvereinen, Kirchen und lokalen Vereinen nur selten durch (haupt-)beruflich erbrachte Kinder- und Jugendarbeit ergänzt (Beetz 2020, 23).

Obgleich vornehmlich ehrenamtlich, hängen auch diese Angebote von den Gemeinden, Städten und Kreisen ab: Je besser die Kommunalfinanzen, desto mehr können die Angebote über Infrastrukturförderung, freiwillige Zuschüsse oder den kommunalen Bauhof unterstützt werden. Diese gerade in ländlichen Räumen quasi-institutionalisierten Verhältnisse zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik erfahren zurzeit jedoch doppelten Druck: einerseits über Austerität kommunaler Finanzen und andererseits über das Erstarken der extremen Rechten, die zivilgesellschaftlichen und demokratischen Akteur*innen die Mittel entziehen will.

¹ Finanziert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der Förderlinie Faktor K 2023-2026. Am Projekt sind die AG Wirtschaftsgeografie der Universität Eichstätt-Ingolstadt (Andreas Kallert; Franziska Imhoff) und der Lehrstuhl für Sozialpädagogik der Universität Bamberg (Rita Braches-Chyrek; Tilman Kallenbach) beteiligt. Das Projekt wurde und wird durch die studentischen Hilfskräfte Dustin Muske, Julian Sax, Melissa Hümmer und Robin Kendl unterstützt.

Dieser Problematik nähern wir uns, indem wir Jugendarbeit, Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik als Teile des Staatsgefüges diskutieren. Anschließend führen wir in unser laufendes Forschungsprojekt ein und stellen erste Ergebnisse vor. Eine Diskussion und ein Fazit runden den Beitrag ab.

Jugend – Zivilgesellschaft – Staat

Das vielfältige Feld an Kinder- und Jugendarbeit gestalten unterschiedliche Träger – darunter Kommunen, überregionale Behörden, Wohlfahrtsverbände, lokale Initiativen und (Jugend-)Verbände. Gerade letztere beiden zivilgesellschaftlichen Akteure leisten Jugendarbeit häufig ehrenamtlich, oft ohne fachliche Ausbildung² und Vergütung (Thole et al. 2022, 25).

Dabei ist der Auftrag und der Kontext von Jugendarbeit durchaus herausfordernd: Eine diverse Gesellschaft und die in ihr aufwachsenden vielfältigen Jugendlichen artikulieren unterschiedlichste Interessen und Ansprüche (BMFSFJ 2024). Die Tendenz zur Inanspruchnahme von digitalen, weniger verbindlichen und kontinuierlichen Freizeitangeboten (Thole et al. 2022, 233f.) erzeugt Innovationsdruck. Zugleich bestehen gesellschaftliche und pädagogische Ansprüche an die Jugendarbeit: Sie soll Jugendliche bilden, verselbstständigen, aktiv beteiligen und zur Gestaltung des eigenen Lebens bewegen (Faulde 2022, 33f.). Dies stellt insbesondere Ehrenamtliche, die diese Aufgaben in ihrer Freizeit übernehmen, vor große Aufgaben.

Diese Herausforderungen in der Jugendarbeit betreffen Kommunen, deren Kapazitäten für die Unterstützung ihrer Jugendlichen stark variieren. In unserem Untersuchungsgebiet (Dreiländereck Bayern, Sachsen und Thüringen) sind insbesondere angespannte Kommunalfinanzen bereits seit vielen Jahren eines der Hauptprobleme (für Bayern siehe etwa: Kallert und Dudek 2023). Diese könnten trotz des im März 2025 beschlossenen Sondervermögens für Investitionen

Die Verfügbarkeit öffentlicher Finanzmittel ist entscheidend dafür, ob und in welchem Umfang (soziale) Infrastrukturen vor Ort geschaffen und erhalten werden können.

in die Infrastruktur durch die verschärfte Sparpolitik auf Bundes- und Landesebene weiter anwachsen. Die Verfügbarkeit öffentlicher Finanzmittel ist entscheidend dafür, ob und in welchem Umfang (soziale) Infrastrukturen vor Ort geschaffen und erhalten werden können. Kommunale Austerität wird als ein zentrales Merkmal zur Charakterisierung sogenannter peripherisierter „left-behind“-Orte angesehen (Pike et al. 2024, 1172). Seien es Schulen, Kitas, Straßen, Breitband oder Feuerwehr

² Gleichzeitig zeigt sich, insbesondere in der verbandlichen Jugendarbeit, ein hoher Grad an Organisation, Weiterbildung und Formalisierung. Beispiele hierfür sind der Standard der Jugendleiter*innen-Karte (Faulde 2022, 60f.), die beständige Fortbildung (u. a. Kinderschutz, Erste-Hilfe) oder die Vernetzung in Jugendringen.

ebenso wie die Unterstützung von Vereinen, Jugend und Senioren: Bei unzureichenden Einnahmen der kommunalen Haushalte kann nur wenig investiert werden mit der Folge mangelhafter Infrastrukturen. Ohne eine ausgleichende Struktur- und Regionalpolitik droht somit eine Negativspirale der Peripherisierung aus Abwanderung, ökonomischem Niedergang, Infrastrukturmängeln und Überschuldung (Royer und Leibert 2024). Damit einher gehen Gefühle des Abhängigkeit-Seins, der Vernachlässigung und Unzufriedenheit, die von Hannemann et al. (2024) auch als „regionale Verbitterung“ zusammengefasst werden: kollektive Emotionen als Ausdruck von Unzufriedenheit infolge von bestimmten Trigger-Momenten wie negativer Wende-Erfahrung oder Schließungen von Einrichtungen und Betrieben. Diese regionale Verbitterung kann sich in politischem Protest ausdrücken, wenn Parteien wie die AfD genau diese Gefühle des Abhängigkeit-Seins adressieren und eine Besserung der Infrastrukturen versprechen (Deppisch 2022, 115). In der geografischen Forschung hat sich hierfür die Rede von der „revenge of the places that don't matter“ (Rodríguez-Pose 2018) etabliert: Peripherisierte, vernachlässigte Räume, deren Bewohner*innen sich an der Wahlurne für räumliche Ungerechtigkeiten „rächen“.

Vielfach wird auf diese Krisen sowohl der räumlichen Gerechtigkeit als auch der Demokratie mit einer verstärkten Aktivierung der Zivilgesellschaft reagiert (van Dyk und Haubner 2019). Engagierte Einzelpersonen, Vereine und Initiativen sollen die Lücken füllen, die durch kommunale Sparmaßnahmen in der Infrastruktur und sozialen Grundversorgung entstanden sind. Zugleich wird von derselben Zivilgesellschaft erwartet, die demokratischen Werte zu verteidigen und sich dadurch der autoritären Wende sowie dem Machtausbau der AfD entgegenzustellen.

Engagierte Einzelpersonen, Vereine und Initiativen sollen die Lücken füllen, die durch kommunale Sparmaßnahmen in der Infrastruktur und sozialen Grundversorgung entstanden sind.

Eine staats- und hegemoniekritische Perspektive kann in diesem Zusammenhang beide positiven Zuschreibungen hinterfragen und den Fokus auf die dahinterstehenden gesellschaftlichen Konfliktlinien lenken. Der materialistischen Staatstheorie (Hirsch 2005) nach ist der Staat die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen“ (Poulantzas 1978, 119). Der Staat ist demnach diejenige Form, in der verschiedene Fraktionen und Gruppen ihre Interessen als Allgemeininteressen durchsetzen (Demirović 2010, 57). Unter Rückgriff auf Gramsci lässt sich der Staat dabei als komplementäre Verbindung von politischer Gesellschaft (dem Staat im engeren Sinne) und der Zivilgesellschaft (dem Staat im weiteren Sinne) verstehen (Bieling 2011, 89). Politische Herrschaft etabliert sich durch Zustimmung und Konsensbildung, die vor allem auf der Ebene der Zivilgesellschaft stattfindet (Kebir 1991, 72). Hegemonie ist bei Gramsci ein „konsensbasierter und

kompromissvermittelter Modus der Machtausübung unter kapitalistischen Bedingungen“ (Opratko 2012, 188). Dabei kommt der Zivilgesellschaft besondere Bedeutung zu. Zivilgesellschaft umfasst hiernach nicht nur die „klassische“ Zivilgesellschaft. Sie erstreckt sich auch auf Vereine, Kirchen, Jugendarbeit und gar Familie als diejenigen Organisationen, Institutionen und die mit ihnen verbundenen Praktiken, in denen die herrschenden Werte, Normen und Moralvorstellungen (re-)produziert werden (Eis und Hammermeister 2017, 131).

Die Zivilgesellschaft weist hierbei ein hohes Beharrungsvermögen bestehender Strukturen auf, stellt aber auch das Feld dar, „auf dem demokratische Prozesse und emanzipative Bewegungen überhaupt erst entstehen können“ (Hirsch 2002, 61). Anders als vielfach in politischen Debatten, aber auch in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, in denen mitunter ein affirmatives Verhältnis zur Zivilgesellschaft gepflegt wird, handelt es sich nach Gramscis Verständnis bei Zivilgesellschaft um den entscheidenden Kitt für Hegemonie und damit der Herrschaftsausübung von wenigen über viele – zusammen mit der politischen Gesellschaft, in der Zwang und Gewalt (z. B. mittels Gesetzen oder Polizei) als direkte Herrschaftsformen dominieren. Die extreme und Neue Rechte rezipiert sehr genau die hegemoniekritischen Analysen von Gramsci – wohlgemerkt ein italienischer Kommunist, der in Mussolinis faschistischer Diktatur inhaftiert worden war (Gebhardt 2024): Die Erlangung der kulturellen Hegemonie mit Verweis auf Gramsci wird in der extremen Rechten zum Ziel erklärt, indem etwa die Normalisierung von gender- oder asylfeindlichen Positionen auf Ebene der Zivilgesellschaft vorangetrieben wird. Die in aktuellen Debatten oftmals aufgerufene Zivilgesellschaft ist demnach ambivalent zu betrachten: Sie stützt die bestehenden, (noch) demokratischen Verhältnisse mit ihrem Beharrungsvermögen, ist jedoch als Teil des Staates auch mit den sich (momentan deutlich nach rechts) wandelnden Kräfteverhältnissen verknüpft und Adressat rechter Agitation. Entsprechend bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung in Wissenschaft und Praxis, die die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“ in den Blick nimmt (Rüttgers 2017).

Die Erlangung der kulturellen Hegemonie mit Verweis auf Gramsci wird in der extremen Rechten zum Ziel erklärt, indem etwa die Normalisierung von gender- oder asylfeindlichen Positionen auf Ebene der Zivilgesellschaft vorangetrieben wird.

Aus diesem Verständnis und vor dem Hintergrund der aufgezeigten Institutionalisierung von Jugendarbeit stellen wir uns die Frage, welche spezifischen lokalen Strategien sich in peripherisierten, ländlichen Kommunen für die Unterstützung und Begleitung des Aufwachsens junger Menschen finden lassen.

Das Forschungsprojekt DIYhoch3: Empirische Ergebnisse

In dem Forschungsprojekt „DIYhoch3“ untersuchen wir die Gelegenheitsbedingungen für jugendliche kulturelle Betätigungen aus sozialpädagogischer und geografischer Perspektive. Hierfür werden u. a. semi-strukturierte Interviews in ausgewählten Kommunen durchgeführt. Insbesondere interessiert uns, inwiefern schwache Kommunalfinanzen und damit restriktive kommunale Unterstützungsmöglichkeiten die Jugendarbeit sowie selbstorganisierte jugendliche Gesellungsformen beeinflussen.

Unser Fokus liegt mit dem Dreiländereck Bayern-Sachsen-Thüringen auf überwiegend als (sehr) ländlich eingestuften Räumen, die im bundesweiten Vergleich eine (weit) unterdurchschnittliche sozio-ökonomische Lage und hohe Zustimmungswerte für die AfD aufweisen und somit aus geografischer Perspektive als „left-behind“-Orte aufgefasst werden können. Im Zentrum der Gespräche mit Expert*innen der kommunalen Verwaltung, der Jugendarbeit und junger Menschen selbst standen die spezifischen lokalen Gegebenheiten: die Situation der Jugendlichen vor Ort, ihre Freizeitgestaltung und Perspektiven sowie Möglichkeiten und Strategien der Verwaltung, der Jugendarbeit und der Zivilgesellschaft. Diese Interviews wurden mit Fokus auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen analysiert. Das Ergebnis dieser Auswertung wird nachfolgend in drei Skizzen vorgestellt.

Skizze 1: Mitmachen ermöglichen von Amtswegen

Eine unserer Fallkommunen hat seit einiger Zeit aus Gründen des Fachkräftemangels, spezifischer regionaler Trägerstrukturen und Sparmaßnahmen keine hauptamtliche kommunale Jugendarbeit. In den frühen Nullerjahren verfolgte die Stadt einen strikten Sparkurs, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Die Kommune spezialisierte sich in den vergangenen Jahren auf die Einwerbung diverser Dritt- und Fördermittel, die sie zur Querfinanzierung und Stärkung kommunaler Daseinsvorsorge einsetzt. So werden etwa zwei Treffpunkte für junge Menschen, die in Gebäuden der kommunalen Wohnungsbaugenossenschaft eingerichtet sind, vor allem von Ehrenamtlichen betrieben. Zudem sucht die Stadt aktiv den Kontakt zu lokalen Vereinen und Initiativen, informiert sie über Fördermöglichkeiten und akquiriert diese Fördermittel teils sogar selbst. Hier tritt die Kommune als Träger verschiedener Projekte auf. Um passgenaue Lösungen für junge Menschen zu entwickeln, setzt die Gemeinde auf niedrigschwellige Beteiligungsformate, etwa in Form unkomplizierter Anträge an die Stadt oder direkter Befragungen.

Um passgenaue Lösungen für junge Menschen zu entwickeln, setzt die Gemeinde auf niedrigschwellige Beteiligungsformate, etwa in Form unkomplizierter Anträge an die Stadt oder direkter Befragungen.

ergab sich zuletzt beispielsweise der Bau eines Pumptracks für junge Menschen. Die Aktivierung wird in dieser Kommune durch eine konsequente Erleichterung des Engagements forciert, wie von einer Gesprächspartnerin aus der Kommunalverwaltung verdeutlicht:

„[W]eil unsere Auffassung da immer ist, wenn man will, geht vieles, man muss wollen und vielleicht auch mal ein bisschen mutig sein und wir würden dann eher riskieren, dass uns irgendwann ein Rechnungsprüfer vielleicht sagt, da hättest ihr auch so und so viel Geld verlangen müssen oder das war nicht in Ordnung, dass es kostenlos ist.“ (BE2)

Trotz dieser (erfolgreichen) Fördermittelakquise zeigen sich Herausforderungen: Die Verfestigung von Projekten und die Perspektiven für die Aktiven bleiben aufgrund der Förderlogiken (v. a. Befristung) prekär. Der geringe Institutionalisierungsgrad mancher Initiativen hat organisatorische Probleme zur Folge, etwa die Unmöglichkeit, selbst Gelder für die eigene Arbeit zu erwirtschaften: kein Verein, kein Vereinskonto, keine Hoheit über die Projektfinanzen. Der Zugang zu Jugendlichen und ihre Bindung an Projekte wird als schwierig und teils frustrierend beschrieben, sodass bestimmte Zielgruppen schlüssig nicht erreicht werden. Hier wird einerseits die permanente Unsicherheit um das Fortbestehen der eigenen Initiative zum Problem für eine notwendige Verbindlichkeit. Andererseits erscheint die Herausforderung in der Arbeit mit „schwieriger Klientel“ als zu groß und entsprechende Schulungen oder Unterstützungsstrukturen können nicht abgerufen werden, da sie wiederum formale Voraussetzungen – etwa die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe – fordern.

Trotz (erfolgreicher) Fördermittelakquise zeigen sich Herausforderungen: Die Verfestigung von Projekten und die Perspektiven für die Aktiven bleiben aufgrund der Förderlogiken prekär.

Skizze 2: Organisiert gegen den Rechtsruck

Das Erstarken der AfD in der Region führte eine unserer Interviewten und weitere Aktive zu einem Bündnis gegen rechts zusammen. In diesem werden zugleich Diskussionen über tragfähige Modelle des Zusammenlebens und Gemeinschaft in ländlichen Räumen geführt. Im Interview kommen entsprechende Vorstellungen von solidarischer Dorfgemeinschaft, Heimatliebe und Traditionsbewusstsein zur Sprache, in denen utopische, aber zuversichtliche Visionen einer jungen Generation erzählt werden:

„Zum Beispiel unsere Rolle als Bündnis, was meine Rolle speziell auch sein kann, auch ein Menschenbild zu verändern oder die positive und energiereiche und so freudig in die Zukunft blickende Perspektive mit reinzubringen und darin auch einfach anzufangen. Und ich glaube, das ist schon auch einfach immer die Rolle von Jugendlichen oder der Jugend, die halt einfach Träume haben.“ (TP1)

Dabei wird das Bündnis als ein alternativer Diskursraum und ein Politikangebot jenseits der etablierten Politik verstanden, das in der direkten Kommunikation und dem gemeinsamen Tun Gemeinschaft schaffen will. Bemerkenswert ist, dass die Interviewte Angebote der Jugendarbeit, die es in ihrer Region auch hauptamtlich mit guter Infrastruktur gab, nicht nutzte oder nutzt. Als Grund führte sie die mangelnde Passung der Angebote der Jugendclubs an ihre Interessen, aber auch die Dominanz rechter Diskurse und patriarchaler Strukturen in einigen etablierten Vereinen an. Dabei geht es nicht nur um ein „konservatives Weltbild generell“ (TP1), das Ausbleiben von Widerspruch zu rechten Parolen im Vereinsalltag oder der rechten Vereinnahmung von ‚Heimatverbundenheit‘ bzw. ‚Landleben‘ und Kulturgütern wie der Simson-Mopeds. Vielmehr meidet die Interviewte aufgrund eines teils „sehr unangenehmen, übergriffigen, sexualisierten Verhaltens von Männern“ (TP1) im Dorfkontext stattfindende Veranstaltungen und Feste.

Skizze 3: Etabliertes Vereinsleben

In einer dritten Fallkommune, die über keine hauptamtliche Jugendarbeit verfügt, beschreiben die Gesprächspartner*innen – bestehend aus zwei Bürgermeistern, dem Jugendbeauftragten und der Jugendvertreterin der Gemeinde – eine vitale Vereins- und Verbandslandschaft, die für alle Jugendlichen mit einem geeigneten Angebot aufwarten könne. Zentrale Akteur*innen der Jugendarbeit sind neben den Vereinen, die vor allem Feuerwehr und Sportvereine umfassen, auch die Kirche mit den Konfirmand*innengruppen. In diesen Strukturen sind alle Interviewten selbst aktiv (gewesen). Ergänzend zu diesen Angeboten der Jugendarbeit gibt es Beteiligungsformate und Jugendbeauftragte, die nur wenig in Anspruch genommen werden. Das deuten die Befragten als Zeichen der grundsätzlichen Zufriedenheit mit der jugendkulturellen Situation. Insbesondere der Erste Bürgermeister formuliert in seinem Interview aber auch Kritik:

In der dritten Fallkommune, die über keine hauptamtliche Jugendarbeit verfügt, beschreiben die Gesprächspartner*innen eine vitale Vereins- und Verbandslandschaft, die für alle Jugendlichen mit einem geeigneten Angebot aufwarten könne.

„Für einen Verein, für einen Sport, die einen leben für das Rote-Kreuz oder für die Feuerwehr oder für den Fußball. Aber das ist nicht über den eigenen Tellerrand hinaus geschaut. Ich würde mir aber auch wünschen, die sich ein bisschen politisch engagieren in der Gemeinde, die weiterdenken als nur den eigenen Verein.“ (CT10)

Problematisch sei die Entwicklung, wonach sich die Vereine zunehmend nur um ihre eigenen Interessen organisieren würden und dabei das Wohl der gesamten Gemeinde aus den Augen ver-

lören. Hier wird eine Perspektive deutlich, die Zivilgesellschaft nicht zuletzt als Rekrutierungsfeld und Resonanzraum der (Kommunal-)Politik – vor allem für Volksparteien – sieht.

Diskussion & Ausblick

Die beschriebenen Herausforderungen der Jugendarbeit, die sich aus den vielfältigen Jugendlichen und ihren Ansprüchen ergeben, und die Limitationen in der kommunalen Handlungsfähigkeit spiegeln sich auch in den Interviews wider. Die Mehrheit der Interviewpartner*innen plädiert daher direkt oder indirekt für eine (haupt-)berufliche Jugendarbeit vor Ort. Diese übernehmen Aufgaben der Aufsicht, erreichen aber auch Zielgruppen, deren Bedürfnisse durch rein ehrenamtliche Angebote nicht bedient werden können. Zugleich werden aber in Skizze 2 die Limitationen der vorhandenen Angebote problematisiert und damit die Frage aufgeworfen, wie eine entsprechende Jugendarbeit überhaupt zu gestalten wäre.

Die prekären kommunalen Finanzlagen werden nur selten als das zentrale Problem der Jugendarbeit ausgemacht. Insbesondere in Skizze 1 zeigen sich die Effekte von Fördermittellogiken: Diese erschweren Nachhaltigkeit im Sinne eines verlässlichen Aufbaus von Infrastrukturen. Vielmehr erfordern sie immer wieder aufs Neue kreatives Antragsgeschick und großen organisatorischen Aufwand. Daraus ergeben sich kurzfristige Planungshorizonte und Unsicherheiten gerade in der Bindung von Personal und zivilgesellschaftlich Engagierten. Die Tendenz zu informellen Formaten in der Zivilgesellschaft ist in diesem Zusammenhang als weitere Herausforderung zu benennen.

Kaum Problematisierung erfährt das ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement selbst. Vielmehr findet sich eine fast durchweg positive Bezugnahme auf eine Art „ideellen Gesamtverein“, der dem Wohle der gesamten (Dorf-)Gesellschaft (statt Partikularinteressen) verschrieben ist und in staats- und hegemoniekritischer Perspektive als Teil des erweiterten Staates gesehen werden muss. Vereine und Initiativen der Jugend(-arbeit) werden somit als Teil einer Zivilgesellschaft verstanden, die die bestehenden Strukturen und damit die Kommune absichert und erhält. Daraus resultiert auch ein funktioneller Blick auf Jugend: Nicht die Jugend an sich interessiert, sondern die Zukunft des Ortes. Aus der Perspektive einer Verwaltungsspitze und gerade für schrumpfende Orte ist dies nachvollziehbar, kann aber zu einem Bias in der Zielgruppe führen: Die Rede ist dann häufig von Neubaugebieten, jungen Familien und dem Erhalt von Strukturen und Traditionen.

Für das zivilgesellschaftliche Engagement findet sich eine fast durchweg positive Bezugnahme auf eine Art „ideellen Gesamtverein“, der dem Wohle der gesamten Gesellschaft verschrieben ist.

Was kann dies vor dem Hintergrund einer erstarkenden Rechten und akuter Austeritätspolitiken bedeuten? In Skizze 1 sehen wir ein fragiles Konstrukt einer oft unverbindlich gehaltenen Zivilgesellschaft im Aufbau. Brechen hier Förderprogramme weg oder hält ein weniger wohlwollender und engagierter Verwaltungsstil Einzug, so stehen viele Angebote unmittelbar vor dem Aus. Das ist angesichts drohender rechter Hegemonien ein realistisches Szenario. Aus Skizze 2 lässt sich in diesem Zusammenhang weniger fatalistisch die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Organisation ableiten, die sich genau gegen diese Strukturen stellt. Hier entwickelt sich aus einem starken Mobilisierungs-moment angesichts des rechten Vormarsches eine Struktur, die progressive Ansätze und Projekte voranbringt. (Noch) Stabil zeigt sich hingegen in Skizze 3 eine gewachsene Zivilgesellschaft, wie sie charakteristisch für die alten Bundesländer ist. Hier ist jedoch kritisch zu hinterfragen, wie resilient diese Zivilgesellschaft aus dem *vorpolitischen* Raum für rechte Übernahmen tatsächlich ist.

Jugendarbeit, wie sie derzeit im SGB VIII garantiert ist, muss auch weiterhin als Errungenschaft angesehen werden. Inwieweit dieser Anspruch in den von uns untersuchten Regionen erfüllt wird oder sich angesichts der gegebenen lokalen Verhältnisse zufriedenstellend realisieren lässt, ist in weiteren Schritten zu klären. Zu fragen wäre dann nach der Leistungsfähigkeit sowie einer geeigneten Unterstützung und Ergänzung für eine zivilgesellschaftlich getragene Jugendarbeit. Jugendarbeit dient nicht nur dem Erhalt der lokalen Gemeinwesen durch die Schaffung von Bleibeperspektiven oder die Gewinnung von Nachwuchs für Kommunalpolitik und Verwaltung. Sie spielt auch eine zentrale Rolle bei der Förderung eines inklusiven und demokratischen Gemeinwesens. Allerdings wird diese Aufgabe durch die Kombination aus Austeritätspolitik der regierenden Parteien und dem Erstarken der extremen Rechten erheblich erschwert. Es liegt an allen demokratischen Akteur*innen, sich diesen Prozessen zu widersetzen und für eine emanzipatorische Jugendarbeit einzustehen.

Jugendarbeit muss auch weiterhin als Errungenschaft angesehen werden.

Dr. Andreas Kallert, wissenschaftlicher Mitarbeiter der AG Wirtschaftsgeografie an der Universität Eichstätt-Ingolstadt und Leitung der Forschungsprojekte „DIYhoch3“ (BMEL) und „Die Ausgestaltung von Schuldenhilfen für finanzschwache, kleine Kommunen in Deutschland“ (DFG).

Franziska Imhoff, wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Graduiertenkolleg „Practicing Place“ an der Universität Eichstätt-Ingolstadt und im Forschungsprojekt „DIYhoch3“ (BMEL).

Tilman Kallenbach, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Sozialpädagogik der Universität Bamberg und im Projekt „DIYhoch3“ (BMEL).

Literatur

- Beetz, Stephan (2020). Soziale und kulturelle Infrastruktur – eine Grundlage für ein gelingendes Aufwachsen. In: Joachim Faulde/Florian Grünhäuser/Sarah Schulte-Döinghaus (Hg.). Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Weinheim, Juventa Verlag, 18–26.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011). „Integraler Staat“ und Globalisierung. In: Benjamin Opratko/Oliver Prausmüller (Hg.). Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie. Hamburg, Argument-Verlag, 87–105.
- BMFSJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2024). 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin, BMFSJ.
- Demirović, Alex (2010). Materialistische Staatstheorie und die Transnationalisierung des kapitalistischen Staates. In: Alex Demirović/Stephan Adolfs/Serhat Karakayalı (Hg.). Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden, Nomos, 53–80.
- Deppisch, Larissa (2022). Die AfD und das „Dornröschenschloss“ – über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch. In: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hg.). Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen – Sozial- und Kulturgeographie. Bielefeld, Transcript Verlag, 103–121.
- Eis, Andreas/Hammermeister, Juliane (2017). Antonio Gramsci (1891–1937). Herrschaftskritik und emanzipative Praxis – Hegemonie und Zivilgesellschaft als pädagogisches Verhältnis. In: Markus Gloe/Tonio Oeftering (Hg.). Politische Bildung meets Politische Theorie. Baden-Baden, Nomos, 125–142.
- Faulde, Joachim (2022). Bildungspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit. Ein Leitfaden für Studium und Praxis sozialer Berufe. Weinheim, Juventa Verlag.
- Gebhardt, Richard (2024). Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. In: Fabian Virchow/Anke Hoffstadt/Cordelia Heß/Alexander Häusler (Hg.). Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden, Springer, 1–25.
- Hannemann, Matthias/Henn, Sebastian/Schäfer, Susann (2024). Regions, emotions and left-behindness: a phase model for understanding the emergence of regional embitterment. *Regional Studies* 58(6), 1207–1218.
- Hirsch, Joachim (2002). Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg, VSA.
- Hirsch, Joachim (2005). Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatsystems. Hamburg, VSA.
- Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2023). Die Stabilisierungshilfen in Bayern – ein Sonderfall unter den kommunalen Schuldentnahmen? In: Martin Junkernheinrich/Stefan Korieth/Thomas Lenk/Anja Ranscht-Ostwald/Henrik Scheller/Matthias Woisin (Hg.). *Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2–2023*. Stuttgart, BWV, 161–176.
- Kebr, Sabine (1991). Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg, VSA.
- Opratko, Benjamin (2012). Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Pike, Andy/Béal, Vincent/Cauchi-Duval, Nicolas/Franklin, Rachel/Kinossian, Nadir/Lang, Thilo/Leibert, Tim/Mackinnon, Danny/Rousseau, Max/Royer, Jeroen/Servillo, Loris/Tomaney, John/Velthuis, Sanne (2024). „Left behind places“: a geographical etymology. *Regional Studies* 58(6), 1167–1179.
- Poulantzas, Nicos (1978). Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg, VSA.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018). The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1), 189–209.
- Royer, Jeroen/Leibert, Tim (2024). Suspended in time? Peripheralised and “left behind” places in Germany. *Geogr. Helv.* 79(3), 221–237.
- Rüttgers, Martin (2017). Die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“ – weniger Empörung, mehr Aufklärung bitte! *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(2), 200–204.
- Thole, Werner/Pothmann, Jens/Lindner, Werner (2022). Die Kinder- und Jugendarbeit. Einführung in ein Arbeitsfeld der sozialpädagogischen Bildung. Weinheim/Basel, Beltz Juventa.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2019). Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: Doris A. Baumgartner/Beat Fux (Hg.). Sozialstaat unter Zugzwang? Zwischen Reform und radikaler Neuorientierung. Wiesbaden/Heidelberg, Springer VS, 259–279.